

Satzung des Gamer Verein e.V.

§1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen „Gamer Verein e.V.“. Er ist im Vereinsregister des Amtsgerichts Regensburg unter der Nummer VR 201305 eingetragen.
2. Der Verein hat seinen Sitz in Regensburg.
3. Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§2 Vereinszweck

1. Der Zweck des Vereins ist die Förderung des elektronischen Sports (sog. „eSports“) im Bereich der neuen Medien und Informationstechnologien. Er fördert gemeinschaftliche Netzwerkveranstaltungen, die Integration der neuen Medien in die Gesellschaft sowie die Aufklärung über Techniken, Risiken und Gefahren. Der Satzungszweck soll durch Dialog und Zusammenarbeit der Mitglieder und interessierter Dritter erreicht werden.
2. Der Satzungszweck soll insbesondere durch folgende Maßnahmen verwirklicht werden:
 - a. die Durchführung regelmäßiger Veranstaltungen als öffentliche, betreute Freizeitangebote,
 - b. medienpädagogische Betreuung, um zur kritischen Reflexion von Chancen und Gefahren des elektronischen Sports und zur verantwortungsvollen Kommunikation im Internet zu befähigen,
 - c. die Beratung von Eltern und anderen Erziehungsberechtigten, um diese besser zu befähigen, Kinder und Jugendliche vor gefährdenden Einflüssen in Bezug auf neue Medien und Informationstechnologien zu schützen,
 - d. ein Angebot von betreuten Onlinetrainings und -treffs zur Kompetenzbildung und Aufklärung. Kompetenzen, die hierbei gefördert werden, beinhalten motorische und geistige Fähigkeiten (Hand-Auge-Koordination, Reaktionsgeschwindigkeit und taktisches Denkvermögen) sowie soziale Kompetenzen (Teamfähigkeit, Kommunikation und Konfliktbewältigung). Zur Zweckverwirklichung arbeitet der Verein mit anderen gleichgerichteten Organisationen zusammen.

3. Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

4. Alle Inhaber von Vereinsämtern sind grundsätzlich ehrenamtlich tätig.

§3 Rechtsgrundlagen

1. Der Verein ist eine rechtskräftig eingetragene Vereinigung und soll im Rechtsverkehr durch ein unbeschränkt geschäftsfähiges Mitglied des geschäftsführenden Vorstands (siehe §9 dieser Satzung) jeweils in Einzelvertretungsberechtigung vertreten werden.

2. Er kann Mitglied weiterer Organisationen sein, wenn es für die Erfüllung seiner Aufgaben von Nutzen ist. Er übt die Mitgliedschaft im Interesse seiner Abteilungen und Mitglieder aus.

3. Der Verein regelt die Arbeit durch Ordnungen und Entscheidungen seiner Organe. Grundlage hierfür ist die Vereinssatzung.

4. Der Verein ist offen für alle Interessenten von analogen und digitalen Spielen, unabhängig von deren Staatsangehörigkeit, Geschlecht, Herkunft, Religion, Weltanschauung, Parteizugehörigkeit und gesellschaftlicher Stellung.

5. Der Verein toleriert in keinerlei Weise rassistische, fremdenfeindliche, diffamierende oder staatsfeindliche Betätigungen oder Äußerungen sowie sexuelle Belästigungen innerhalb des Vereins. Der Verein distanziert sich klar von einem solchen Verhalten und belangt das betreffende Vereinsmitglied je nach Schweregrad des Fehlverhaltens mit einer Verwarnung oder dem Ausschluss aus dem Verein (siehe auch §5 Nr. 4 dieser Satzung).

§4 Erwerb der Mitgliedschaft

1. Mitglied des Vereins kann jede natürliche Person werden.

2. Der Verein besteht aus:

a. aktiven Mitgliedern

b. fördernden Mitgliedern.

Aktive Mitglieder sind die im Verein direkt mitarbeitenden Mitglieder, die Mitgliedsbeiträge entrichten. Sie besitzen ein Stimm- und Wahlrecht. Fördermitglieder sind Mitglieder, die sich nicht aktiv innerhalb des Vereins betätigen und kein Stimmrecht besitzen, jedoch die Ziele und auch den Zweck des Vereins in geeigneter Weise fördern und unterstützen.

3. Der Mitgliedsantrag erfolgt schriftlich gegenüber dem Vorstand.

4. Über den Antrag auf Erwerb der Mitgliedschaft entscheidet der Gesamtvorstand. Bei Ablehnung des Antrages ist der Gesamtvorstand nicht verpflichtet, dem Antragsteller die Gründe mitzuteilen. Der Aufnahmeantrag Minderjähriger bedarf der Unterschrift mindestens eines gesetzlichen Vertreters.

5. Die Mitgliedschaft wird durch schriftliche Mitteilung des Aufnahmebeschlusses wirksam (Aufnahme).

6. Ummeldungen in der Mitgliedschaft (von aktiver Mitgliedschaft auf Fördermitgliedschaft) müssen mit einer dreimonatigen Frist dem Gesamtvorstand schriftlich mitgeteilt werden.

7. Änderungen der personenbezogenen Daten eines Mitglieds müssen unverzüglich dem/der amtierenden Schatzmeister/in schriftlich oder in Textform mitgeteilt werden.

§5 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft im Verein endet durch Tod, Austritt oder Ausschluss.

2. Der freiwillige Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber einem Mitglied des Gesamtvorstands. Er ist nur zum Schluss eines Quartals (31.03., 30.06., 30.09., 31.12.) unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat zulässig. Nicht fristgerecht eingegangene Kündigungen werden automatisch zum nächstmöglichen Zeitpunkt gültig.

3. Ein Mitglied kann durch Beschluss des Gesamtvorstands von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger Mahnung mit der Zahlung des Beitrags im Rückstand ist. Die Streichung darf erst beschlossen werden, wenn seit der Absendung des zweiten Mahnschreibens ein Monat verstrichen ist und die Beitragsschulden nicht beglichen worden sind. Die Streichung ist dem Mitglied mitzuteilen.

4. Der Ausschluss eines Mitglieds mit sofortiger Wirkung und aus wichtigem Grund kann dann ausgesprochen werden, wenn das Mitglied in grober Weise gegen die Satzung,

Ordnungen, den Satzungszweck oder die Vereinsinteressen verstößt. Über den Ausschluss eines Mitglieds

entscheidet der Gesamtvorstand mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Dem Mitglied ist unter Fristsetzung von zwei Wochen Gelegenheit zu geben, sich vor dem Vereinsausschuss zu den erhobenen Vorwürfen zu äußern.

5. Bei Beendigung der Mitgliedschaft, gleich aus welchem Grund, erlöschen alle Ansprüche aus dem Mitgliedsverhältnis. Eine Rückgewähr von abgeholzten Beiträgen, Spenden oder sonstigen Unterstützungsleistungen ist grundsätzlich ausgeschlossen. Der Anspruch des Vereins auf rückständige Beiträge bleibt hiervon unberührt.

§6 Mitgliedsbeiträge

1. Jedes Mitglied hat einen im Voraus fällig werdenden Mitgliedsbeitrag zu entrichten, dessen Höhe von der Mitgliederversammlung festgelegt wird. Dabei ist die Offenheit des Vereins für die Allgemeinheit angemessen zu berücksichtigen.

2. Neue Mitglieder haben binnen zwei Wochen nach Aufnahme den geltenden Mitgliedsbeitrag in voller Höhe zu zahlen.

§7 Rechte und Pflichten der aktiven Mitglieder

1. Jedes Mitglied hat das Recht, bei der Umsetzung der Vereinszwecke aktiv mitzuwirken und an gemeinsamen Veranstaltungen teilzunehmen. Jedes volljährige, aktive Mitglied hat ein gleiches Stimm- und Wahlrecht in der Mitgliederversammlung.

2. Jedes aktive Mitglied hat die Pflicht, die Interessen des Vereins zu fördern und, soweit es in seinen Kräften steht, die Veranstaltungen des Vereins durch seine Mitarbeit zu unterstützen.

3. Jedes Mitglied hat im Rahmen des Vereinszwecks den gleichen Anspruch auf Nutzung von Vereinseigentum sowie Hilfestellung durch Rat und Tat, vermittelt durch den Vorstand.

§8 Organe des Vereins 1. Die Organe des Vereins sind:

a. der Gesamtvorstand,

b. die Mitgliederversammlung.

2. Der Verein kann einen nicht bestimmenden Beirat einrichten. Die Einrichtung eines Beirats und die Auswahl der Beiratsmitglieder obliegen dem Gesamtvorstand.

§9 Der Gesamtvorstand 1. Der Gesamtvorstand besteht aus:

a. dem geschäftsführenden Vorstand (bestehend aus dem/der Vorsitzenden, dem/der stellvertretenden Vorsitzenden),

b. dem/der Schatzmeister/in,

c. zwei gewählten Beisitzern.

2. Der geschäftsführende Vorstand vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich. Dabei ist ein Mitglied des geschäftsführenden Vorstand berechtigt, den Verein zu vertreten.

3. Der Gesamtvorstand kann sich eine Geschäftsordnung geben. In der Geschäftsordnung kann insbesondere eine Verteilung der Aufgaben auf die jeweiligen Mitglieder des Gesamtvorstands erfolgen. Abschluss, Änderung und Aufhebung einer Geschäftsordnung für den Gesamtvorstand bedürfen eines einstimmigen Beschlusses des Gesamtvorstands.

4. Der Gesamtvorstand kann besondere Aufgaben unter seinen Mitgliedern verteilen und Ausschüsse für deren Bearbeitung oder Vorbereitung einsetzen.

§10 Zuständigkeit des Gesamtvorstands

1. Der Gesamtvorstand ist für die Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind.

2. Der Gesamtvorstand hat vor allem folgende Aufgaben:

a. Vorbereitung der Mitgliederversammlung und Aufstellung der Tagesordnung,

b. Einberufung der Mitgliederversammlung,

c. Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung,

d. Beschlussfassung über Aufnahme, Streichung und Ausschluss von Mitgliedern.

3. Der geschäftsführende Vorstand hat vor allem folgende Aufgaben:

Abschluss und Kündigung von Verträgen sowie die rechtliche Vertretung nach außen (z.B. Korrespondenz mit Ämtern, Gerichten und Sponsoren).

4. Der/die Schatzmeister/in hat folgende Aufgaben:

Verwaltung des Vereinsvermögens, insbesondere Beitragswesen und -erhebung, Kontrolle ausstehender Beiträge und Durchführung des Mahnwesens, die Aufstellung eines Haushaltsplans für jedes Geschäftsjahr, Buchführung, die Erstellung eines Jahresberichts sowie die Entgegennahme und Prüfung aller Geldspenden an den Verein.

§11 Amtsdauer des Gesamtvorstands

1. Die Mitglieder des Gesamtvorstands werden von der Mitgliederversammlung für die Dauer von einem Jahr, vom Tage der Wahl an gerechnet, gewählt. Ein Gesamtvorstandsmitglied bleibt auch nach Ablauf seiner regulären Amtszeit bis zur gültigen Wahl eines neuen Gesamtvorstands im Amt. Zur gleichen Zeit endet die Amtszeit eines Gesamtvorstandsmitglieds mit der gültigen Wahl eines neuen Gesamtvorstands.

2. Jedes Mitglied des geschäftsführenden Vorstands ist einzeln zu wählen. Über den Modus zur Wahl der Beisitzenden entscheidet die Versammlungsleitung in Abstimmung mit der Mitgliederversammlung.

3. Die Bestellung zum Gesamtvorstand ist jederzeit widerruflich, jedoch nur aus wichtigem Grund und nach Maßgabe der Mehrheitsanforderungen gem. §15 Abs. 6 Satz 4 dieser Satzung.

4. Scheidet ein Gesamtvorstandsmitglied vor Ablauf seiner Wahlperiode aus, ist der Gesamtvorstand berechtigt, ein kommissarisches Gesamtvorstandsmitglied zu berufen. Auf diese Weise bestimmte Gesamtvorstandsmitglieder bleiben bis zur nächsten Mitgliederversammlung im Amt.

5. Wählbar sind nur Vereinsmitglieder; mit der Mitgliedschaft im Verein endet auch die Mitgliedschaft im Gesamtvorstand.

6. Wiederwahl ist zulässig.

§12 Beschlussfassung des Gesamtvorstands

1. Dritten gegenüber vertretungsberechtigter Vorstand im Sinne von §26 BGB ist der geschäftsführende Vorstand.
2. Der Gesamtvorstand fasst seine Beschlüsse im Allgemeinen in Sitzungen, die schriftlich, fernmündlich oder in Textform (bspw. E-Mail) einberufen werden. Jedes geschäftsführende Vorstandsmitglied ist einberufungsberechtigt. Eine Einberufungsfrist von einer Woche soll eingehalten werden. In dringenden Fällen ist eine Einberufung mit kürzerer Frist zulässig. Einer Mitteilung der Tagesordnung bedarf es nicht. Der Leiter ist zu Beginn jeder Sitzung zu wählen.
3. Über die Sitzungen des Gesamtvorstands wird ein Protokoll geführt. Die Niederschrift soll Ort und Zeit der Gesamtvorstandssitzung, die Namen der Teilnehmenden, die gefassten Beschlüsse und das Abstimmungsergebnis enthalten.
4. Der Gesamtvorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Gesamtvorstandsmitglieder anwesend sind oder schriftlich zustimmen. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Die Beschlüsse des Gesamtvorstands sollen zu Beweis Zwecken in ein Beschlussbuch eingetragen und vom Sitzungsleiter unterschreiben werden.
5. Besteht für eine einberufene Sitzung des Gesamtvorstands Beschlussunfähigkeit, ist jedes Gesamtvorstandsmitglied berechtigt, eine zweite Versammlung innerhalb der nächsten 14 Tage mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen.
6. Gesamtvorstandsbeschlüsse können auch schriftlich, fernmündlich oder in Textform (bspw. E-Mail) gefasst werden, wenn die absolute Mehrheit der Gesamtvorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu der zu beschließenden Regelung erklären.
7. Jedes Mitglied des geschäftsführenden Vorstands hat das Recht gegen einen Tagesordnungspunkt oder eine Entscheidung des Gesamtvorstands jederzeit ein einmaliges Vetorecht auszuüben. Das Vetorecht bewirkt die Verschiebung des betroffenen Tagesordnungspunktes auf die nächste Sitzung. Beschlüsse, welche vom Vetorecht erfasst sind, sind in der nächsten Sitzung vom Gesamtvorstand neu abzustimmen.

§13 Die Mitgliederversammlung

1. In der Mitgliederversammlung hat jedes aktive, volljährige Mitglied eine Stimme. Eine Vertretung in der Mitgliederversammlung durch die gesetzlichen Vertreter ist jederzeit zulässig.

Zur Ausübung des Stimmrechts kann auch ein anderes Mitglied schriftlich oder in Textform (bspw. E-Mail) bevollmächtigt werden. Die Bevollmächtigung ist für jede Mitgliederversammlung gesondert zu erteilen. Ein Mitglied darf jedoch nicht mehr als drei fremde Stimmen vertreten.

2. Die Mitgliederversammlung ist für folgende Angelegenheiten zuständig:

a. Genehmigung des vom Gesamtvorstand aufgestellten Haushaltsplans für das nächste Geschäftsjahr,

b. Entgegennahme des Jahresberichts des Gesamtvorstands,

c. Die Wahl der einzelnen Gesamtvorstandsmitglieder und deren Abberufung,

d. Beschlussfassungen über die Änderung der Satzung und Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins,

e. Beschlussfassung über die Berufung gegen einen Ausschließungsbeschluss eines Mitglieds durch den Gesamtvorstand.

§14 Einberufung der Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung soll einmal jährlich im ersten Quartal des Jahres stattfinden.

2. Die Mitgliederversammlung wird vom Gesamtvorstand mit einer Frist von 2 Wochen schriftlich, fernschriftlich oder in Textform unter Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag. Der Tag der Mitgliederversammlung wird bei der Fristberechnung nicht mitgezählt.

Das Einladungsschreiben gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich bekanntgegebene oder tatsächliche Adresse oder E-Mail-Adresse gerichtet ist.

3. Die Tagesordnung setzt der Gesamtvorstand fest.

§15 Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung wird von der/dem Vorsitzenden oder bei deren/dessen Verhinderung von dem/der stellvertretenden Vorsitzenden geleitet. Ist kein Mitglied des geschäftsführenden Vorstands anwesend, bestimmt die Mitgliederversammlung die/den Leitenden.
2. Der/Die Protokollführende wird von dem/der Versammlungsleitenden bestimmt; zum/zur Protokollführenden kann auch ein Nichtmitglied bestimmt werden.
3. Die Art der Abstimmung bestimmt der/die Versammlungsleitende. Sofern er/sie nichts anderes bestimmt, erfolgt die Abstimmung offen durch Handmeldung. Auf Antrag eines Mitgliedes ist geheim abzustimmen.
4. Die Mitgliederversammlung ist nicht öffentlich. Der/Die Versammlungsleitende kann Gäste zulassen.
5. Die Mitgliederversammlung ist im Hinblick auf einen konkreten Beschlussgegenstand beschlussfähig, soweit mindestens 25% der Mitglieder zum Zeitpunkt der jeweiligen Beschlussfassung anwesend oder ordnungsgemäß vertreten sind. Besteht für eine einberufene Mitgliederversammlung Beschlussunfähigkeit, ist der Gesamtvorstand berechtigt, eine zweite Versammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlussfähig ist. Darauf muss in der Einladung hingewiesen werden.
6. Die Mitgliederversammlung fasst Beschlüsse im Allgemeinen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. Beschlüsse über Satzungsänderungen bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit einer Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen; zur Änderung des Zweckes des Vereins ist eine Zustimmung aller Mitglieder nötig. Beschlüsse über die Auflösung des Vereins bedürfen der Vierfünftelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Die Mitgliederversammlung kann Mitglieder des Gesamtvorstands mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen abwählen. Ein/e Nachfolger/in muss in derselben Versammlung bestimmt werden.
7. Für Wahlen gilt Folgendes: hat im ersten Wahlgang kein/e Kandidierende/r die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht, findet eine Stichwahl zwischen den Kandidierenden statt, welche die beiden höchsten Stimmzahlen erreicht haben. Für die erfolgreiche Stichwahl genügt die einfache Mehrheit der Stimmen.

8. Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll anzufertigen, das von der/dem Verhandlungsleitenden, der/dem jeweiligen Protokollführenden und mindestens einem Mitglied des geschäftsführenden Vorstands zu unterzeichnen ist. Es soll folgende Feststellungen

enthalten: Ort und Zeit der Versammlung, die Person der/des Versammlungsleitenden und der/des Protokollführenden, die Zahl der abwesenden/erschiedenen Mitglieder, die Tagesordnung, die einzelnen Abstimmungsergebnisse und die Art der Abstimmung. Bei Satzungsänderungen soll der genaue Wortlaut angegeben werden.

§16 Nachträgliche Anträge zur Tagesordnung

1. Jedes Mitglied kann bis spätestens eine Woche vor dem Tag der Mitgliederversammlung beim Gesamtvorstand schriftlich beantragen, dass weitere Angelegenheiten nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt werden. Über den Antrag entscheidet der Gesamtvorstand. Der/Die Versammlungsleitende hat zu Beginn der Mitgliederversammlung die Tagesordnung entsprechend zu ergänzen.

2. Über Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung, die erst in der Mitgliederversammlung gestellt werden, beschließt die Mitgliederversammlung. Zur Annahme des Antrags ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich, soweit nicht nach dieser Satzung eine größere Mehrheit erforderlich ist.

§17 Außerordentliche Mitgliederversammlung

1. Der Gesamtvorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Diese muss einberufen werden, wenn das Interesse des Vereins es erfordert.

2. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist ferner auf schriftliches Verlangen von mindestens 25% aller Vereinsmitglieder binnen 4 Wochen durch den Gesamtvorstand einzuberufen. Der Antrag ist schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe beim Gesamtvorstand zu stellen. Für die außerordentliche Mitgliederversammlung gelten die §§13, 14, 15 und 16 dieser Satzung entsprechend.

§18 Auflösung des Vereins

1. Die Auflösung des Vereins kann nur durch eine zu diesem Zweck mit einer Frist von 6 Wochen einberufenen Mitgliederversammlung und mit der in §15 Abs. 6 Satz 3 dieser Satzung genannten Stimmenmehrheit beschlossen werden.

2. Die Mitgliederversammlung beschließt auch über die Art der Liquidation und die Verwertung des verbleibenden Vermögens.

3. Sofern die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt, erfolgt die Liquidation durch die/den Vorsitzende/n und den/die Schatzmeister/in. Diese Vorschriften gelten entsprechend für den Fall, dass der Verein aus einem anderen Grund aufgelöst wird oder seine Rechtsfähigkeit verliert.

§19 Haftung

Für alle Verbindlichkeiten des Vereins haftet ausschließlich das Vereinsvermögen. Eine persönliche Haftung der Mitglieder für Verbindlichkeiten des Vereins besteht nicht. Eine persönliche Haftung eines Vorstandsmitglieds kann laut Gesetz erfolgen, wenn dieses mit Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit handelt (siehe hierzu §31a BGB).

§20 Salvatorische Klausel

1. Sollten einzelne Bestimmungen dieser Satzung rechtsunwirksam sein oder werden, so bleibt die Wirksamkeit aller anderen Bestimmungen hiervon unberührt.

2. Eine rechtsunwirksame Bestimmung ist durch die Mitgliederversammlung durch eine rechtswirksame Bestimmung zu ersetzen, die in ihrer Wirkung dem Sinn der ursprünglichen Bestimmung weitmöglichst entspricht.

§21 Errichtung und Inkrafttreten

Die vorliegende Satzung tritt am 27.05.2018 in Kraft.

(Johannes Dorn)